

Fragenkatalog zur Erarbeitung einer europapolitischen Standortbestimmung und Stellungnahme des Kantons Solothurn

1. Allgemeine Fragen

- 1.1 Mit der Verabschiedung des europapolitischen Strategiepapiers 2004 forderte die Mehrheit der Kantonsregierungen vom Bundesrat eine **Präzisierung seiner europapolitischen Strategie**.

Erachtet Ihre Regierung den Europabericht 2006 des Bundesrates als eine hinreichende Präzisierung seiner europapolitischen Strategie?

Ja.

- 1.2 Mit der Verabschiedung des europapolitischen Strategiepapiers 2004 sprach sich die grosse Mehrheit der Kantonsregierungen ebenfalls für eine **eigenständige europapolitische Strategie** aus, die sich mit derjenigen des Bundes abstimmt und die sich nach innen- und aussenpolitischen Rahmenbedingungen zu orientieren hat. Erfüllt die vorliegende Analyse die Erwartungen Ihrer Regierung hinsichtlich einer eigenständigen Strategie der Kantone?

Aussenpolitisch erfüllt die vorliegende Analyse unsere Erwartungen hinsichtlich einer eigenständigen Strategie. Wie wir jedoch bereits in unserer Stellungnahme 2004 angemerkt haben, sollte die Strategie nach wie vor nicht nur die Vorstellungen der Kantone im Aussenverhältnis dokumentieren, sondern auch Hinweise geben, wie mit den dargestellten Herausforderungen und Szenarien von aussen den Kantonen selber umgegangen werden soll.

Im vorliegenden Entwurf des Strategiepapiers zur Europapolitik der Kantone fehlt nach unserer Ansicht zudem eine Einschätzung und Gewichtung der aktuellen innenpolitischen Lage sowie eine Einschätzung der politischen Opportunität der aufgeführten Optionen (Instrumente).

- 1.3 Gibt es nach Ansicht Ihrer Regierung neben den **vier grundsätzlichen Optionen (Instrumenten)** zusätzliche Optionen, um derzeit das Verhältnis der Schweiz zur EU zu regeln?

Nein.

2. Beurteilung der europapolitischen Optionen

- 2.1 Mit dem Europabericht 2006 legte der Bundesrat die verschiedenen europapolitischen Optionen (Instrumente) dar. Wie stellt sich Ihre Regierung zur Strategie des Bundesrates, mittels der zur Verfügung stehenden Optionen (Instrumente) **situativ die optimale Interessenswahrung der Schweiz wahrzunehmen?**

Wir stehen der Strategie des Bundesrates positiv gegenüber und erachten diese hinsichtlich der gegenwärtigen innen- und aussenpolitischen Situation als angemessen und zielführend.

- 2.2 Der Bundesrat hat im Europabericht 2006 die Kriterien für die **Weiterführung der bilateralen Koalition** (Teilnahme an der Entscheidungsfindung, aussenpolitische Machbarkeit und wirtschaftliche Rahmenbedingungen) festgelegt. Sind diese **Kriterien** aus Sicht Ihrer Regierung **ausreichend**?

Ja.

- 2.3 Stimmt Ihre Regierung mit dem Fazit und der Würdigung der Option **Autonome Anpassung an das Recht der EU** überein (Randziffer 26 und 71)? Welche Vor- / Nachteile ergeben sich aus Sicht Ihrer Regierung durch Autonome Anpassung an das EU-Recht aus demokratiepolitischer und institutioneller Sicht (Randziffer 23-25)?

Den Ausführungen in RZ 23 bis 25 des Strategiepapiers zu Vor- und Nachteilen der Autonomen Anpassung an das Recht der EU können wir uns grundsätzlich anschliessen. Hingegen dürfte die in der Würdigung zur Diskussion gestellte direkte Mitwirkung am Erlass solcher Vorschriften derzeit nicht zur Diskussion stehen. Vielmehr ist auf dem bilateralen Verhandlungswege konsequent und so weit als möglich auf eine gegenseitige Anerkennung hinzuarbeiten. Wo eine gegenseitige Anerkennung auf dem Verhandlungswege nicht erreicht werden kann, ist hingegen eine Autonome Anpassung im Einzelfall zu prüfen, um die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft möglichst optimal zu halten.

- 2.4 Stimmt Ihre Regierung mit dem Fazit und der Würdigung der Option **bilaterale Kooperation** überein (Randziffern 38-40, 47 und 71)? Welche Vor- / Nachteile ergeben sich aus Sicht Ihrer Regierung durch die **bilaterale Kooperation** aus demokratiepolitischer und institutioneller Sicht (Randziffern 31-37 und 42-46)?

Wir stimmen der Würdigung des Bundesrates in dessen Europabericht 2006 zu. Entsprechend verwerfen wir die vorliegende Würdigung der Option bilaterale Kooperation im Strategiepapier, soweit diese der bundesrätlichen Haltung widerspricht.

- 2.5 Stimmt Ihre Regierung mit dem Fazit und der Würdigung der Option **multilaterale Kooperation** überein (Randziffern 38-40, 47 und 71)? Welche Vor- / Nachteile ergeben sich aus Sicht Ihrer Regierung durch die **multilaterale Kooperation** aus demokratiepolitischer und institutioneller Sicht (Randziffern 51-53)?

Ja. Insbesondere stimmen wir mit den in RZ 51 - 53 gemachten Beurteilungen überein.

- 2.6 Stimmt Ihre Regierung mit dem Fazit und der Würdigung der Option **EU-Beitritt** überein (Randziffern 66-68 und 71 und 72)? Welche Vor- / Nachteile ergeben sich aus Sicht Ihrer Regierung durch den **EU-Beitritt** aus demokratiepolitischer und institutioneller Sicht (Randziffern 60-65)?

In weiten Teilen stimmen wir mit dem Fazit und der Würdigung zur Option EU-Beitritt überein. Wir sind jedoch der Ansicht, dass die Frage nach einem EU-Beitritt politisch derzeit nicht opportun ist.

Aus heutiger Sicht soll der Beitritt als eine mögliche Option offen gehalten werden. Die konkrete Weiterentwicklung unseres Verhältnisses zur EU muss zurzeit jedoch über die bilateralen Verhandlungen erfolgen.

- 2.7 Mit dem Strategiepapier 2004 antwortete eine Mehrheit der Kantonsregierungen, dass der bilaterale Weg mittel- bis langfristig keine Zukunft hat. Welches sind aus Sicht Ihrer Regierung die Gründe, welche die Fortführung des bilateralen Weges verunmöglichen würden?

Aus unserer Sicht gibt es aktuell keine Gründe, welche kurz- und mittelfristig die Fortführung des bilateralen Weges grundsätzlich ausschliessen. Langfristig soll aber ebenso die Option EU-Beitritt offen gehalten werden.

3. Reformbedarf / Analyse

- 3.1 Welche **inneren Reformen** sind bei der derzeitigen Weiterverfolgung der bilateralen **Kooperation** anzugehen (Randziffer 40, vgl. auch Anhang Analyse und Expertenbericht EuRefKa 2001 und 2006) ?

Die Notwendigkeit innenpolitischer Reformen wurde schon nach der Ablehnung des EWR erkannt und entsprechende Bemühungen sollten unabhängig von unserem konkreten Verhältnis gegenüber der EU fortgesetzt werden. Wir stimmen der in der Würdigung (Randziffer 40) dargestellten Aufzählung der Reformfelder zu und verweisen an dieser Stelle auch auf die entsprechenden Ausführungen der Arbeitsgruppe „Europa Reformen der Kantone“ (EuRefKa) von 2001 und 2006.

- 3.2 Welche **inneren Reformen** sind prioritär in Angriff zu nehmen angesichts der europapolitischen Strategie des Bundesrates, **situativ** die Schweizer Interessen mittels der ihm zur Verfügung stehenden Optionen (Instrumente) bestmöglichst zu wahren (vgl. Anhang Analyse und Expertenbericht EuRefKa 2006) ??

Wie schon in der Stellungnahme 2004 festgehalten, sind wir der Ansicht, dass sich die Frage nach den inneren Reformen unabhängig vom Weg, welcher die Schweiz im Verhältnis zu Europa beschreitet. Wir sind der Ansicht, dass sich das Augenmerk auch weiterhin sowohl auf die Transparenz der Entscheidungsverfahren als auch auf die Mitwirkungsmöglichkeit der Kantone richten muss.

- 3.3 Eine grosse Mehrheit der Kantonsregierungen vertrat mit dem Strategiepapier 2004 die Auffassung, die Kantonsparlamente seien in die interkantonale Zusammenarbeit im Allgemeinen und in die Aussenpolitik im Speziellen einzubeziehen. Sofern diese Auffassung weiter vertreten wird, wie soll dies nach Ansicht Ihrer Regierung effektiv umgesetzt werden (Randziffern 37 und 40; Expertenbericht EuRefKa 2006) ?

Der Kantonsrat ist unseres Erachtens mit den ihm heute diesbezüglich zur Verfügung stehenden Instrumentarien genügend in den Entscheidungsprozess eingebunden.

3.4 Auf welche Frage gibt die Analyse nach Ansicht Ihrer Regierung **keine Antwort? Welche Aspekte fehlen** nach Auffassung Ihrer Regierung in der Analyse? **Welche Themen** sollte nach Auffassung Ihrer Regierung **in einer künftigen Überarbeitung vertiefter behandelt werden?**

Wie unter Ziffer 1.2 bereits ausgeführt, fehlt unseres Erachtens im vorliegenden Entwurf des Strategiepapiers zur Europapolitik der Kantone als zentrales Element eine Einschätzung und Gewichtung der aktuellen innenpolitischen Lage sowie eine Einschätzung der politischen Opportunität der aufgeführten Optionen (Instrumente).

Des weiteren sind, mit Ausnahme der unter Ziff. 1.2. hiavor angebrachten weiteren Ergänzungswünsche im Strategiepapier sämtliche Aspekte angeführt, die in Zusammenhang mit dem Thema von Bedeutung sind.